Antrag auf Ergreifung des Standesreferendums gegen den Bundesbeschluss vom 02. Oktober 2026 über die Genehmigung des Freihandelsabkommens zwischen den EFTA-Staaten und Mercosur

26.5536.01

Gestützt auf §53 Abs. 1 des Gesetzes über die Geschäftsordnung des Grossen Rates beantragen die Unterzeichnenden die Ergreifung des Kantonsreferendums nach Art. 141 Abs. 1 der Bundesverfassung gegen den oben genannten Bundesbeschluss.

Im September 2026 hat das eidgenössische Parlament das Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Statten und dem Mercosur verabschiedet. Was vordergründig als Meilenstein für die Schweizer Wirtschaft gefeiert wird, verschärft in der Tat die Zerstörung des Amazonas-Regenwalds und die Klimakrise. Das Abkommen baut die umweltschädliche industrielle landwirtschaftliche Produktion aus und setzt die kleinbäuerlichen und indigenen Gemeinschaften weiter unter Druck.

Mit dem Abkommen werden Zölle auf Agrarprodukte gesenkt oder abgeschafft. Dies fördert den Import u.a. von billigem Rindfleisch, Soja und Wein ohne zu verhindern, dass diese Produkte aus Regenwald-Abholzung, Vertreibung oder Zwangsarbeit stammen sowie von Pestiziden, Antibiotika und Wachstumshormonen belastet sind.

Das Abkommen mit den Mercosur-Staaten beschleunigt die Amazonas-Abholzung, bedroht massiv die Artenvielfalt und befeuert die Klimakrise. Durch das Abkommen können zudem zollfrei dutzende hochgiftige Pestizide exportiert werden, die in der Schweiz verboten sind. Ein solches Freihandelsabkommen ist mit unserer kantonalen Klimaschutzstrategie und dem Ziel für Klimagerechtigkeit unvereinbar.

Das Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten ist eines der gravierendsten, das die Schweiz je unterzeichnet hat. Anstatt nachhaltigen Handel zu fördern, führt es zu Ausbeutung von Mensch und Natur, zur Zerstörung des Amazonas-Regenwaldes und bedroht wichtige Lebensgrundlagen.

Dabei geht es auch anders: Die EU setzt in ihrem Mercosur-Abkommen auf verbindliche Massnahmen und verbietet den Import von Produkten, die mit Regenwaldrodung oder Zwangsarbeit in Verbindung stehen. Die Schweiz dagegen hat genau diese Massnahmen verworfen.

Aus diesen Gründen fordern die Unterzeichnenden, dass der Kanton Basel-Stadt das Kantonsreferendum gegen den Bundesbeschluss über die Genehmigung des Freihandelsabkommens zwischen den EFTA-Staaten und Mercosur ergreift.

Oliver Bolliger, Oliver Thommen, Beda Baumgartner